

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Prognose - Strukturberichterstattung - Währungspolitik - Polen - OPEC

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Prognose - Strukturberichterstattung - Währungspolitik - Polen - OPEC, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 11, pp. 541-542

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135128>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Prognose

Gescholtene Forscher

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben mit den Ergebnissen ihrer gemeinschaftlichen Konjunkturprognose wieder einmal keine Gnade vor den Augen des Bundeskanzlers gefunden: „Die Herren haben sich schon so oft geirrt, wir sollten uns davon nicht beeindrucken lassen.“ Das strenge Urteil mag in einem Jahr auf verbreitetes Verständnis treffen, in dem die lahrende Konjunktorentwicklung die Institute wie die weitaus meisten anderen Prognostiker – und zuletzt auch die Bundesregierung – zu erheblichen Korrekturen früherer Voraussagen nötigte. Die Ursachen sind verschiedener Art, doch ist offensichtlich eine der wichtigsten darin zu suchen, daß die staatliche Finanzpolitik mit unerwartet hohen Einnahmen und zögernden Ausgaben restriktiver wirkte, als nach den Haushaltsplänen voraussehbar war.

Sicherlich haben sich die Institute in diesem Jahr nicht das erste Mal geirrt. Weit häufiger jedoch lagen sie mit ihren Prognosen recht gut, und vor allem schnitten sie dabei im Vergleich mit anderen Institutionen keineswegs ungünstig ab. Nur dies aber kann ein Beurteilungskriterium sein, wenn nicht Konjunkturprognosen generell als unzuverlässige Entscheidungshilfe qualifiziert werden sollen. Allerdings ist Wirtschaftspolitik zwangsläufig zukunftsgerichtet, d. h. sie muß stets auf Vorstellungen über die künftige Entwicklung gegründet werden. Konjunkturprognosen sind denn auch nicht mehr – aber sie sollten auch nicht weniger sein – als „begründete Vorstellungen“, und zwar nicht über mechanische Zusammenhänge, sondern vor allem über Verhaltensweisen von Verbrauchern, Unternehmern, Gewerkschaften und staatlichen Organen. Damit ist eine gewisse Irrtumswahrscheinlichkeit von vornherein angelegt. Selbst zutreffende Vorstellungen würden jedoch kaum vor Kanzlerkritik bewahren: Man stelle sich nur das Echo vor einem Jahr vor, hätten die Institute damals die Wachstumsenttäuschung des Jahres 1977 richtig prognostiziert! gg

Strukturberichterstattung

Verständliche Zurückhaltung

Inzwischen liegen der Öffentlichkeit die in der Regierungserklärung 1976 vom Bundeskanzler angekündigten Vorstudien zur Konzeption einer Strukturberichterstattung der fünf führenden Wirt-

schaftsforschungsinstitute vor. Mit der Interpretation der in den Vorstudien diskutierten Möglichkeiten und Grenzen sektoraler Analysen tut man sich allerdings schwer. So wird den Instituten gelegentlich unterstellt, sie selbst hegten Zweifel an dem Sinn derartiger Untersuchungen. Dabei wiesen die Institute nur auf das unvollständige statistische Datenmaterial hin und bekannten, daß sie nicht in der Lage sein werden, bereits im nächsten Jahr konkrete Angaben zu den Ursachen des Strukturwandels zu machen.

In der als Lernprozeß zu verstehenden und zur Aufbereitung der Daten notwendigen Anlaufphase kann in der Tat nicht erwartet werden, daß die ambitionösen Anforderungen des Auftraggebers – Licht in das Dunkel der Hintergründe des Strukturwandels zu bringen – vollkommen erfüllt werden. Nur regelmäßig von allen Instituten im Wettbewerb zu erstellende und sich komplettierende Strukturberichte können zum gewünschten Erfolg führen. Die unverkennbare Zurückhaltung der Institute vor allem bezüglich der kurz- bis mittelfristigen Erfolgsaussichten ist nicht gemeinhin als generelle Skepsis oder gar Ablehnung zu verstehen, sondern beruht auch auf der Tatsache, daß mit einer konsistenten und in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integrierten Strukturberichterstattung Neuland in der empirischen Wirtschaftsforschung betreten wird. Es kann keine Frage sein, daß sich hier selbst bei gedrosselten Ansprüchen wertvolle Informationen gewinnen lassen, während überzogene Erwartungen auf unzureichende Kenntnis des Problems hindeuten. Man kann sich nur wundern, daß bereits heute der Stab über das „Unternehmen Strukturberichterstattung“ gebrochen wird und dies gerade von denjenigen, die ökonomische Fehlprognosen händerreibend belächeln. dw

Währungspolitik

Signal aus London

Der Beschluß der britischen Währungsbehörden, ihre Interventionen an den Devisenmärkten einzustellen, hatte die erwartete Wirkung: das Pfund Sterling erfuhr eine spontane Höherbewertung von durchschnittlich rund 3% gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner. Bedingt war dieser Anstieg durch die Einnahmen aus dem Geschäft mit dem Nordsee-Öl sowie durch den in jüngster Zeit erfolgten Zustrom kurz- und mittelfristiger Gelder aus dem Ausland.

Von der – zumindest vorübergehend – völligen Freigabe des Pfundkurses verspricht man sich in

London einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung des für 1977 gesteckten Geldmengenzieles und damit zur Eindämmung der noch immer zweistelligen Inflationsrate. Die mit der Pfund-Aufwertung verknüpfte Verteuerung britischer Exportwaren meint man verkraften zu können, zumal die Außenhandelsbilanz sich in jüngster Zeit ermutigend entwickelt hat: für August und September wurden erstmals wieder Überschüsse ausgewiesen. Bisher hatte gerade die Sorge um die Exportfähigkeit der britischen Wirtschaft die Bank von England zu den kursdrückenden Devisenmarktinterventionen veranlaßt.

Ob der Entschluß zur faktischen Freigabe des Pfundkurses den gewünschten Erfolg im Kampf gegen die Inflation bringen wird, bleibt abzuwarten. Was die Abwehr inzwischen unerwünschter Auslandsgelder betrifft, so dürfte die Kurskorrektur zwar ein wirksames Mittel sein. In bezug auf die inflationsfördernden Faktoren im Innern stellt der Schritt Londons jedoch nicht mehr als ein Signal dar, im Angriff auf die Teuerungsrate nicht locker zu lassen. erh

Polen

Altersversorgung für Landwirte

Die empfindliche Störung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Polens im bisherigen Verlauf des VII. Fünfjahrplans (1975–1980) ist u. a. auf die verfehlte Agrarpolitik zurückzuführen. Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaft werden deshalb stark beachtet. So auch ein neues Gesetz, nach dem diejenigen privaten Bauern – über 70% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche befinden sich noch in Privatbesitz – eine staatliche Altersversorgung erhalten können, die nach Erreichen des Rentenalters ihren Hof an einen privaten Nachfolger abtreten. Das Ausmaß dieser Sozialleistungen wird weitgehend von den Verkäufen ihrer Erträge an die staatlichen Abnahme- und Verteilungsorganisationen abhängen. Vergegenwärtigt man sich, daß nach Aussage der „Trybuna Ludu“ erst 40% der landwirtschaftlichen Betriebe auf Vollmechanisierung umgestellt sind, so daß die polnische Landwirtschaft mehr als 20 Jahre hinter der Entwicklung in westlichen Ländern zurückliegt, so könnte diesem Gesetz für die zukünftige Entwicklung im Agrarsektor große Bedeutung zukommen. Der 1968 eingeleitete Versuch nämlich, denjenigen Landwirten eine Leibrente zu zahlen, die ihren Hof an den staatlichen Rentenfonds abtreten, muß aufgrund traditioneller Bindungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung an ihr Eigentum als gescheitert angesehen werden. Die Landwirte blieben bis ins hohe Alter

Eigentümer und Bewirtschafter von zumeist produktivtechnisch veralteten Höfen, während die Erben häufig in die Industrie abwanderten und den Hof später als Nebenerwerbsstelle weiterführten.

Durch die Neugestaltung der Alterssicherung bietet sich nun die Chance, Betriebe frühzeitig jungen und fähigen Landwirten zu übertragen, die diese als Vollerwerbsstellen mit erhöhter Nutzungintensität führen. Gleichzeitig erhoffen sich die zentralen Partei- und Wirtschaftsorgane, da die Verkäufe der bäuerlichen Einzelwirtschaften an die staatlichen Aufkaufsorganisationen – wegen der daran gebundenen Rentenhöhe – steigen, so daß die Versorgungsengpässe in diesem Bereich abgebaut werden können.

OPEC

Keine Garantie für Industrieländer

Mit seiner Ankündigung einer drastischen Preis-erhöhung für Erdöl hat der Generalsekretär der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) kürzlich eine neue Runde der Ölpreis-Diskussion eingeleitet. Nun ist es an den einzelnen OPEC-Mitgliedsländern, ihre eigenen Preisvorstellungen bekanntzugeben. Dabei ist zu erwarten, daß es zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einerseits und den Verfechtern einer progressiven Erdölpreispolitik, insbesondere Iran, andererseits wieder erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisanhebung geben wird. Dennoch kann man davon ausgehen, daß bei den OPEC-Mitgliedsländern nach dem mit viel Mühe zustande gekommenen Preiskompromiß für das zweite Halbjahr 1977 gegenwärtig kein Interesse an einer Konfrontation besteht. So werden sie sich wahrscheinlich auf eine Preisanhebung mit lehrer Linie einigen.

Wie aber die nächste Preis-Entscheidung der OPEC-Ölminister im Dezember auch immer ausgeht, langfristig werden sich die Industrieländer an eine kontinuierliche Erhöhung des Erdölpreises gewöhnen müssen. Dafür spricht allein schon die Tatsache, daß es ihnen nicht gelungen ist, auf dem Gebiet der Alternativ-Energie bedeutend Schritte einzuleiten. Außerdem stellt die ständige zunehmende Abhängigkeit der USA von Erdölexporten aus den OPEC-Ländern eine in ihrem Ausmaß noch nicht allgemein erkannte Belastung für eine ausgewogene internationale Erdölpolitik dar. Daß die Förderkapazität der OPEC-Länder im Augenblick nicht voll ausgeschöpft ist, bedeutet keinesfalls eine Garantie für dauerhafte Erdölimporte der Industrieländer in beliebiger Höhe. n